

Antworten von die Linke

Sehr geehrte Frau Jakoby,

vielen Dank für Ihre Anfrage und das damit verbundene Interesse.
Für weitere Anfragen steht die Linke und natürlich auch ich, gerne wieder zur Verfügung.
Hier unsere Antworten:

1. Wie stehen Sie/Ihre Partei zur Krankenhausreform?

Wir lehnen diese nicht nur im Ganzen ab, sondern kommunizieren, die gravierenden Auswirkungen auch öffentlich. Diese Krankenhausreform ist für viele Menschen lebensgefährlich, weil sie die konkrete regionale Versorgung verschlechtert und vor allem kleine Kliniken und Krankenhäuser durch sie geschlossen werden. Sie ist hochgradig ungerecht, weil gesetzlich Versicherte deutlich mehr Kostenzuwächse tragen müssen, als privat Versicherte und Besserverdienende. Sie ist handwerklich murks und agiert dabei auch absichtlich mit Halbwahrheiten, die Neuregelung des Fallpauschalensystem zum Beispiel, heißt nun anders und findet nach einem Vorgang, anstatt davor statt, die Grundlage und der Kommerzialisierungsdruck auf Krankenhäuser und Kliniken läuft genauso weiter. Auch das große Problem, dass es damit immer wieder zu Anreizen für medizinisch nicht notwendige aber finanziell lukrative Behandlungen kommt besteht weiterhin. Die Reform löst auch ein weiteres Hauptproblem nicht. Obwohl bundesweit hunderttausende Stellen im Gesundheitsbereich fehlen, werden weder Arbeitsbedingungen noch Gehälter wirklich besser. Gemessen am Stellenwert, die diese Arbeit für uns als Gesellschaft hat, ist die Bezahlung hundsmiserabel.

2. Sind Sie für den Erhalt der Neckar-Odenwald-Kliniken und wenn ja, in welcher Form? Was wollen Sie konkret dafür tun, um die Kliniken zu erhalten?

Wir sind nicht nur für den Erhalt, wir sind für eine Erweiterung! Die Neckar-Odenwald-Kliniken eignen sich sehr gut dafür, ein Netz an regionalen Versorgungszentren zu bilden und die Aufgabenbereiche im Gesundheitssektor ganzheitlich zu sehen. Aufsuchende Behandlung, Verknüpfung mit direkten Therapie- und Pflegeangeboten, Shuttleservices, Ärzt:innenhäuser als Außenstellen und vor allem gesundheitsvorbeugende Maßnahmen und Kurse könnten alles sinnvolle Erweiterungen sein. Die Kliniken zu erhalten wird dabei schwer, nicht aber aufgrund finanzieller Probleme, sondern rein politisch. Grüne und SPD machen im ganzen Land weiter mit Klinikschließungen, ab und zu mit Bauchschmerzen und Union, AfD und FDP kann es mit dem Abbau und der Privatisierung von Gesundheitsinfrastruktur und sozialer Infrastruktur insgesamt gar nicht schnell genug gehen. Für einen Erhalt müsste man den gesamten Finanzierungsrahmen in Deutschland verändern hin zu einer gerechten Finanzierung und weg von einer Privilegierung privat Versicherter und Reicher. Wir werden uns dafür im Bundestag einsetzen und natürlich auch hier vor Ort! Den besten Rahmen für eine nachhaltige Politik gibt es immer wenn die betroffenen Bevölkerung aufsteht und für ihre Recht beginnt zu Protestieren, dass werden wir unterstützen und in der Kommunal- und Landespolitik begleiten.

3. Der ärztl. Bereitschaftsdienst für Kinder ist im NOK gefährdet – Setzen Sie sich für den Erhalt ein? Wie wollen Sie das beeinflussen?

Selbstverständlich! Solche Angebote, gerade für die volatilsten Menschen in unserer Gesellschaft, nicht nur Kinder, braucht es unbedingt! Auch hier ist die Profitausrichtung erneut ein massives Problem. Kinder tragen wenig zu Gewinnen bei. Eine positive Beeinflussung ist auch hier, wie bei allen anderen Sachen in der Gesundheitspolitik nur mit

einer stabilen, gerechten und antikommerziellen Finanzierung möglich, für welche wir regelmäßig Vorschläge machen und Gesetzesanträge einbringen. Besonders interessant ist ja auch, dass der Bereitschaftsdienst im Neckar-Odenwald-Kreis in Teilen so organisiert ist, wie wir immer vorschlagen, nämlich dezentral und nur eine Zentralisierung droht. Und selbst ein CDU Landrat sagt nun, dass dezentrale Modell ist ja eigentlich besser. Das zeigt eben auch, dass unsere Vorschläge überwiegend aus neoliberalen Dogmatismus abgelehnt werden und selbst der politische Gegner, wo er konkret vor Ort in Verantwortung steht, zugeben muss, dass andere Modelle besser sind. Aber auch hier stecken wir in einem grundlegenden Problem: solange das Gesundheitssystem durch die Bundes- und Landespolitik nicht auf eine bedarfsgerechte Versorgung und Finanzierung ausgerichtet ist, kann man den Abbau und die Schließung kaum beeinflussen, denn sie sind die direkte und gewünschte Folge der neoliberalen Sozial- und Infrastrukturpolitik seit den 90ern. Am meisten Einfluss kann man ohne dies mit Protest erreichen und an diesem Beteiligten wir uns und diesen unterstützen wir.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Binder

Bundestagskandidat

Die Linke

Wahlkreis 276 Odenwald-Tauber



Wie stehen Sie/Ihre Partei zur Krankenhausreform?

Antworten von der SPD

Die Krankenhausreform ist ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige und gerechte Gesundheitsversorgung in Deutschland. Als Kandidat der SPD und Vertreter des ländlichen Raums liegt mir besonders am Herzen, dass sowohl die Qualität als auch die Erreichbarkeit von medizinischen Leistungen gewährleistet bleiben.

Die SPD setzt sich mit der Krankenhausreform dafür ein, **eine patientenorientierte und flächendeckende Versorgung sicherzustellen**. Wir wollen weg von einem rein wirtschaftlichen Denken, bei dem Kliniken auf Gewinne angewiesen sind, hin zu einer besseren Finanzierung, die die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Unsere Kernpunkte:

1. **Abkehr von der Fallpauschale (DRG-System):** Wir möchten eine Reform des Finanzierungssystems, damit Krankenhäuser nicht nur nach der Anzahl der Behandlungen, sondern auch nach der Qualität und Notwendigkeit medizinischer Leistungen vergütet werden.

2. **Sicherstellung der Grundversorgung im ländlichen Raum:** Es darf nicht sein, dass Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen schließen, weil sie wirtschaftlich nicht „rentabel“ sind. Deshalb unterstützen wir eine gesonderte Finanzierung für die Grund- und Notfallversorgung.

3. **Förderung von Fachpersonal:** Eine Krankenhausreform muss auch das Pflege- und ärztliche Personal entlasten. Bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und eine stärkere Anerkennung des Personals sind unabdingbar.

4. **Modernisierung und Digitalisierung:** Um Effizienz und Qualität zu steigern, fördern wir Investitionen in moderne Medizintechnik und eine verbesserte digitale Infrastruktur in Krankenhäusern. Insbesondere für kleinere Kliniken im ländlichen Raum können Telemedizin und digitale Netzwerke eine wichtige Rolle spielen.

Ein besonderes Anliegen im ländlichen Raum:

Ich setze mich dafür ein, dass gerade in Regionen wie dem Odenwald-Tauber-Wahkkreis innovative Modelle wie **Gesundheitszentren** oder die stärkere Zusammenarbeit von Ärzten und Pflegekräften vor Ort gefördert werden. Wir müssen den Menschen das Vertrauen geben, dass sie auch in einer Notlage schnell und gut versorgt werden können – ohne lange Wege oder Wartezeiten.

Fazit: Die Krankenhausreform ist eine Chance, die Schwächen unseres Systems zu beheben und die Gesundheitsversorgung gerechter und zukunftssicher zu gestalten. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Belange der Menschen im ländlichen Raum in dieser Reform eine zentrale Rolle spielen.

• Sind Sie für den Erhalt der Neckar-Odenwald-Kliniken und wenn ja, in welcher Form? Was wollen Sie konkret dafür tun, um die Kliniken zu erhalten?

Ja, ich bin eindeutig für den Erhalt der Neckar-Odenwald-Kliniken und sehe sie als unverzichtbaren Bestandteil der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Ihr Fortbestand ist entscheidend für die Lebensqualität und Sicherheit der Menschen in unserer Region.

In welcher Form sollen die Kliniken erhalten bleiben?

Die Kliniken sollten als Gesundheitsstandorte bestehen, die sowohl die stationäre Grundversorgung als auch spezialisierte Leistungen bieten. Gleichzeitig müssen sie modernisiert und an aktuelle Herausforderungen wie den Fachkräftemangel und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Was werde ich konkret tun?

1. Bessere finanzielle Unterstützung durch den Bund und das Land: Ich werde mich dafür einsetzen, dass Kliniken im ländlichen Raum durch zweckgebundene Fördermittel und Sonderregelungen im Rahmen der Krankenhausreform besser finanziell abgesichert werden. Es darf nicht sein, dass sie mit Großstadtkliniken nach denselben Maßstäben beurteilt werden.

2. Attraktivität der Kliniken durch Kooperationen und Arbeitsmodelle steigern: Ich werde mich für enge Partnerschaften mit Hochschulen und Ausbildungsstätten wie in Heidelberg und Mannheim einsetzen, um junge Fachkräfte über Praktika oder Famulaturen in den Neckar-Odenwald-Kreis zu bringen. Zudem setze ich auf flexible Arbeitsmodelle, wie Teilzeioptionen und digitale Lösungen (z. B. Telemedizin), um die Arbeit vor Ort attraktiver zu machen und das bestehende Personal zu entlasten.

3. Lebensqualität und Entwicklungsperspektiven stärken: Um Fachkräfte langfristig zu binden, plane ich eine stärkere Bewerbung der Vorteile des Neckar-Odenwald-Kreises, wie bezahlbaren Wohnraum und familienfreundliche Infrastruktur. Fort- und Weiterbildungsangebote sowie klare Karrieremöglichkeiten sollen zusätzlich Anreize schaffen. Parallel werde ich mich für eine gezielte Kampagne einsetzen, die Fachkräfte aus anderen Regionen und dem Ausland anspricht, um den Kreis als attraktiven Arbeitsort zu positionieren.

4. Bürgerbeteiligung und Transparenz: Entscheidungen über die Zukunft der Kliniken müssen unter enger Einbindung der

Bürgerinnen und Bürger sowie des Klinikpersonals getroffen werden. Ich werde regelmäßig den Dialog suchen, um die besten Lösungen für alle Beteiligten zu finden.

Fazit:

Der Erhalt der Neckar-Odenwald-Kliniken erfordert eine Kombination aus besserer finanzieller Unterstützung, innovativen Konzepten und einem klaren Fokus auf Fachkräftegewinnung und -bindung. Ich setze mich dafür ein, dass die Kliniken in einer modernen und nachhaltigen Form bestehen bleiben, um den Menschen in der Region weiterhin eine hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten.

• Der ärztl. Bereitschaftsdienst für Kinder ist im NOK gefährdet – Setzen Sie sich für den Erhalt ein? Wie wollen Sie das beeinflussen?

Ja, ich setze mich entschieden für den Erhalt des ärztlichen Bereitschaftsdienstes für Kinder im Neckar-Odenwald-Kreis ein. Gerade im ländlichen Raum ist eine verlässliche medizinische Versorgung für Kinder und Jugendliche essenziell. Wenn diese Angebote gefährdet

sind, verlieren Familien Vertrauen in die regionale Infrastruktur, was sich negativ auf die Attraktivität unserer Region auswirkt.

Warum ist der Erhalt so wichtig?

Kinderärztliche Versorgung gehört zu den Grundpfeilern einer sicheren Gesundheitsversorgung. Lange Wege zu Bereitschaftsdiensten in Nachbarregionen bedeuten nicht nur ein zusätzliches Risiko in Notfällen, sondern auch eine erhebliche Belastung für Familien. Besonders in einer Region wie dem Neckar-Odenwald-Kreis, mit einer alternden Bevölkerung und einer langen Anfahrtszeit zu umliegenden Kliniken, ist der Erhalt vor Ort entscheidend.

Wie will ich das beeinflussen?

1. Einbindung der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung (KV): Ich werde das Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung suchen und darauf drängen, dass die regionale kinderärztliche Versorgung als unverzichtbar eingestuft wird. Wir müssen klarstellen, dass der Bereitschaftsdienst im NOK kein rein wirtschaftliches Thema ist, sondern eine Frage der Daseinsvorsorge.

2. Kooperationen und regionale Netzwerke stärken: Um den Dienst zu sichern, schlage ich Kooperationen zwischen K Arbeitszeiten zu gewährleisten. Zusätzlich könnten Netzwerke mit umliegenden Kliniken geschaffen werden, um die Bereitschaftsdienste zu entlasten.

3. Förderung von Anreizen für Kinderärzte:

- Finanzielle Zuschüsse oder Unterstützung durch den Kreis oder das Land, um den Bereitschaftsdienst attraktiver zu machen.
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, beispielsweise durch die Bereitstellung flexibler Arbeitszeiten oder digitaler Tools zur Entlastung.

inderärzten und Allgemeinmedizinerinnen vor, um eine Abdeckung auch außerhalb der regulären

4. **Digitale Lösungen und Telemedizin:** Die Einführung digitaler Sprechstunden könnte den kinderärztlichen Bereitschaftsdienst ergänzen und entlasten, insbesondere bei weniger dringenden Fällen.

5. **Politischer Druck auf Landes- und Bundesebene:** Ich werde mich dafür einsetzen, dass der ländliche Raum in Reformen der ärztlichen Versorgung besonders berücksichtigt wird. Der Bereitschaftsdienst für Kinder sollte als zwingender Bestandteil der Grundversorgung gesetzlich festgeschrieben werden.

6. **Bewusstsein schaffen und politische Unterstützung mobilisieren:** Ein bedeutender Schritt war ein Gespräch, das ich bereits mit **Jan-Peter Röderer (MdL), Florian Wahl (gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) und Gabriele Teichmann**, organisiert durch die AWO Neckar-Odenwald-Kreis, geführt habe. In diesem Austausch konnten wir die Dringlichkeit des Themas klar darlegen und gemeinsam Strategien entwickeln, wie wir auf Landesebene mehr Unterstützung für den Erhalt des kinderärztlichen Bereitschaftsdienstes erreichen können. Diese Aktion zeigt, wie wichtig es ist, politische Entscheidungsträger direkt einzubinden.

Fazit:

Der ärztliche Bereitschaftsdienst für Kinder ist ein unverzichtbares Angebot, das ich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sichern möchte. Es geht nicht nur um medizinische Versorgung, sondern auch um die Zukunftsfähigkeit des Neckar-Odenwald-Kreises. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass Familien und Kinder in unserer Region auch in Zukunft auf eine wohnortnahe und verlässliche Versorgung vertrauen können

Antworten von den Grünen

1. Wie stehen Sie/Ihre Partei zur Krankenhausreform?

Das Gesetz ist von SPD Gesundheitsminister Lauterbach konzipiert. Es ist Anfang des Jahres am 1. Januar 2025 in Kraft getreten. Grundsätzlich ist es wichtig, dass das Thema Krankenhaus Finanzierung nach 16 Jahren CDU - geführtem Stillstand endlich angepackt wurde. Die immensen Klinik - Defizite der letzten Jahre einschließlich 2024 sind Ergebnis dieser Unionspolitik, insbesondere auch von Jens Spahn.

Ich bedauere sehr, dass häufig Tatsachen verdreht wurden und die Ampel Regierung für diese „Altlasten“ heftig kritisiert wurde.

Leider belastet die klamme Finanzlage unserer Krankenhäuser schon lange die kommunalen Haushalte, wie es aus dem offenen Brief von unserem NOK Landrat Dr. Brötel (CDU) an die damalige Bundeskanzlerin Merkel (CDU) vom 5. November 2020 hervorgeht:

„Wenn das Geld (angeblich) nicht reicht, dann werden eben Leistungen angepasst. Im Klartext heißt das: reduziert oder gestrichen und im nächsten Schritt dann Krankenhäuser vor Ort geschlossen, weil man den Trägern mehr und mehr die Luft zum Atmen genommen hat. ... Das führt dann dazu, dass wir beispielsweise allein in unseren Kliniken für Innere Medizin trotz einer jahresdurchschnittlichen (!) Auslastung von mehr als 100 % ein Defizit in der Größenordnung von 3 Mio. Euro einfahren. Ist das ein System, das noch irgendetwas verstehen kann?“

Soweit Dr. Brötel in seinem Brief.

Unsere Grün geführte Landesregierung hatte dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz am 22. November 2024 im Bundesrat nicht zugestimmt. Man wollte in den Vermittlungsausschuss um folgendes nachzubessern: 1) Vorhaltevergütung besser ausgestalten 2) mehr Planungshoheit der Länder 3) und eine Verbesserung der Finanzierung durch den Bund. Unsere grüner Sozialminister Lucha schließt eine Klage nicht aus, wenn Nachverhandlungen mit der künftigen Bundesregierung nicht zum Erfolg führen.

Diesen Standpunkt von Minister Lucha teile ich zu 100%!

2. Sind Sie für den Erhalt der Neckar-Odenwald-Kliniken und wenn ja, in welcher Form?

Was wollen Sie konkret dafür tun, um die Kliniken zu erhalten?

Selbstverständlich bin ich für den Erhalt! Ich bin ein Kind unserer sehr ländlichen Region und liebe meine Heimat! Genau der Einsatz für lebenswerte Rahmenbedingungen hier bei uns vor Ort ist einer der Gründe warum ich kandidiere.

In unseren Flächen-Landkreisen Main-Tauber-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis MUSS es eine erreichbare flächendeckende Grundversorgung geben. Ich setzte mich intensiv für den Erhalt aller Standorte ein!

Was möchte ich konkret dafür tun?:

1) Zuerst müssen die Krankenkassen wieder solide mit Finanzmittel ausgestattet werden. Dass hier die Vorgängerregierung hohe Rücklagen abgeschmolzen hat kritisiert z.B. der Chef der TK Jens Baas und attackiert Jens Spahn deutlich. Ich zitiere aus der Frankfurter Rundschau vom 22.12.2024: *„Die Verantwortlichen führen die Erhöhung auf gestiegene Ausgaben für Krankenhäuser und Medikamente zurück, die die bereits prekäre finanzielle Situation der Krankenkassen weiter belasten. Jens Baas, der Chef der TK, sieht die Ursache jedoch in politischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre. Er kritisiert, dass der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn die milliardenschweren Rücklagen der Krankenkassen per Gesetz angegriffen hat, um die jährlich steigenden Kosten zu decken. Die Kassen hatten dabei keine Möglichkeit, sich zu wehren. Eine schrittweise Erhöhung der Beiträge lehnte er jedoch ab. „Damit sah es natürlich aus, als würden die Beiträge relativ gering bleiben. Das war aber beschiss, weil ja die Rücklagen abgebaut wurden“, so Baas im OMR-Podcast von Philipp Westermeyer.“*

2) Leider wurde an den Standorten Mosbach und Buchen Gebäude erstellt, die immense Heiz-Energiekosten nach sich ziehen: Die große Eingangsglasfassade in Mosbach hat im Winter kaum Isolierwerte und lässt im Sommer das Gebäude wie ein Backofen aufheizen. In Buchen ist die vorgehängte Kunststeinfassade durch Wärmebrücken energetisch mehr als fraglich. Energetische Sanierungsmaßnahmen sollten geprüft werden, um die Verbrauchskosten zu senken. Zudem sollten die Heizsysteme regenerativ umgestellt werden. Z.B. am Standort Buchen durch ein Wärmenetz u.a. gespeist durch Geothermie (Hollerbach Verwerfung) oder durch Abwärme der nahe gelegenen Kläranlage. Wirtschaftlich unverständlich finde ich, dass auf dem Klinikgebäude in Mosbach offensichtlich noch keine PV Anlage zur Eigenversorgung installiert ist – auch in Buchen gibt es da noch Möglichkeiten.

3) Ein weiterer wichtiger Finanzierungspfeiler ist der Vorschlag von Robert Habeck zum Thema Sozialbeiträge auf Kapitalerträge. Er basiert auf dem Konzept einer Bürgerversicherung zur Einbeziehung aller Versicherten zur Finanzierung unseres Gesundheits- und Pflegesystems. Zu einer gerechten Finanzierung gehört für mich auch: Wer Millionen in Aktien angelegt hat, und hieraus hohe Gewinne erzielt, sollte sich mit diesem Einkommen genauso solidarisch an der Finanzierung der Sozialversicherung beteiligen, wie die Krankenschwester, die jeden Tag zur Arbeit gehen und unser Land am Laufen hält. Selbstverständlich geht es nicht um den normalen Sparer, der für sich etwas zurückgelegt hat, oder privat fürs Alter vorsorgt. Diejenigen, die so viel Geld haben, dass das Geld für sie arbeitet, statt dass sie arbeiten gehen müssen, sollten allerdings beteiligt werden.

3. Der ärztl. Bereitschaftsdienst für Kinder ist im NOK gefährdet – Setzen Sie sich für den Erhalt ein? Wie wollen Sie das beeinflussen?

Dieses Thema brennt natürlich unter den Nägeln und ich habe es im Dezember 2024 in meiner Rede auf dem Landesparteitag der Grünen herausgestellt:

„Viele Menschen auf dem Land fühlen sich abgehängt, nicht gehört und alleine gelassen.

Da hat sich einiges an Ärger angestaut, der für uns vor Ort grundsätzlich verständlich ist und was leider von Stammtischen und Populisten sehr intensiv bespielt wird. Z.B.

- Die berechtigte Sorge vor Schließung der Krankenhäuser

- Aktuell läuft bei uns eine Petition, weil der kinderärztliche Notdienst geschlossen werden soll.

Nachts mit seinem Kind in Fieberkrämpfen 80 km im Auto, will ich mir nicht vorstellen!

Populisten sind durch diese Unzufriedenheit leider sehr erfolgreich.“

Ich unterstütze die Petition von Dr. Daniel Vater sehr und hatte sie umgehend unterschrieben.

Doch bei diesem Thema sind „der Politik“ strukturell die Hände gebunden, denn der Träger des Notdienstes, die Kassenärztliche Vereinigung (KV) ist ein Selbstverwaltungsorgan.

Wenn die KV ihre Pläne vorlegt, wird sie sich kritischen Fragen von mir und unseren grünen Abgeordneten stellen müssen, auch wenn sie als Organ der ärztlichen Selbstverwaltung dem Landesparlament und der Landesregierung nicht untersteht.